

Für Ihre Geld- und Kapitalanlage: Nord LB- Wertpapiere



Zur finanziellen Handlungsfreiheit und Entscheidungsfähigkeit gehört ein auf Sicherheit sowie Ertrag gleichermaßen abgestelltes Anlagekonzept. Das ist heute ohne Wertpapiere nicht denkbar. Die Nord LB - größtes Kreditinstitut in Norddeutschland - ist im Wertpapiergeschäft mit Erfolg tätig. Rund 15 Mrd DM Nord LB-Inhaberschuldverschreibungen befinden sich zur Zeit in den Depots privater und institutioneller Anleger. Allein im Jahr 1977 wurden 2 Mrd DM an Emissionen der Bank plazierte. Zum Nutzen der Geld- und Kapitalanleger, aber auch zum Vorteil unserer Volkswirtschaft. Denn die aus dem Verkauf der Wertpapiere hereinkommenden Mittel fließen als Kredite Wirtschaft und öffentlicher Hand zu. Die Nord LB trägt so zur Finanzierung wichtiger privater und öffentlicher Investitionsprojekte bei. Neben den eigenen Emissionen der Nord LB halten wir eine Fülle fremder Rentenwerte für alle Anlagevorstellungen bereit. Natürlich beraten wir Sie auch beim Kauf in- und ausländischer Aktien und Investmentzertifikate.

Wählen Sie deshalb für Ihre Wertpapierdispositionen die Nord LB, die Girozentrale niedersächsischer Sparkassen. Wir bieten Ihnen ein Team von Wertpapier-Spezialisten.

Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Hannover - Braunschweig

„Keil, der sitzt“. Er sitzt in Wahrheit bis heute nicht recht, wie mancher andere Griff aus der Ara Lauritzen. Die Disziplinarverfahren sind unerledigt, der zivilrechtliche Zugriff auf die Hauptverantwortlichen der Bummelaktion ist gar nicht abzusehen, die Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft („Nötigung eines Verfassungsorgans“) laufen immer noch. Längst schon ist nicht mehr abzusehen, wem die juristische Geisterschlacht am Ende noch einmal nutzen soll.

Zwar äußerte Karlsruhe Grundsätzliches zu Bummelstreiks im öffentlichen Dienst und auch anderswo. Die „sittenwidrige“ Fluglotsenaktion, so postulierte der BGH in einer Kurzfassung der Gründe, sei so nicht erlaubt, selbst wenn sie in der Privatwirtschaft stattgefunden hätte. Koalitionsfreiheit, die das Recht auf Arbeitskampf einschließt, werde „nicht schrankenlos gewährt, sondern nur in den Grenzen, die die Rechtsordnung zum Schutz anderer Rechtsgüter errichtet“. Auch sei statt des gebotenen „fairen Arbeitskampfes“ gleichsam hinterrücks agiert, „eine anonyme Mauer passiven Widerstands gesetzt“ worden.

Ein Berufsverband muß zwar seine Mitglieder auch in solchen Fällen „nicht im Regen stehen lassen“, wie der Senatsvorsitzende dem Lotsenbund konzidierte. Doch das Risiko wächst dabei unübersehbar. Denn der Bundesgerichtshof verlaublich zwiespältig:

Zwar muß einer Koalition grundsätzlich gestattet sein, ihre Verbandspolitik ohne haftungsrechtliche Nachteile auch dann weiterzuverfolgen und in der Öffentlichkeit darzustellen, wenn dies als Solidarisierung mit kämpfenden Gruppen wirkt, die dieselben Ziele, aber mit unzulässigen Mitteln zu erreichen suchen. Beim Fluglotsenstreik lagen aber die Verhältnisse besonders; vor allem ist es auch einer Koalition nicht erlaubt, sich an streikähnlichen Aktionen, die wie jene der Fluglotsen in sittenwidriger Weise die Regeln eines fairen Arbeitskampfes außer acht lassen, zu beteiligen.

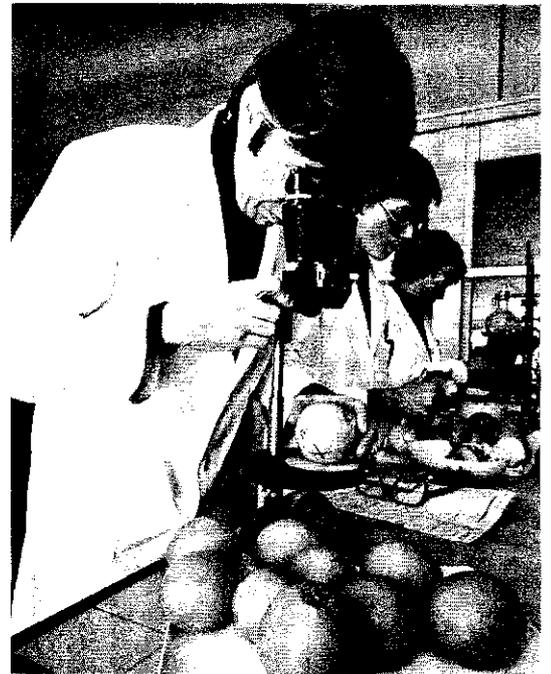
Sich solidarisieren darf ein Verband, sich beteiligen nicht. Wo aber der Grenzüberschritt beginnt, blieb offen; klar wurde nur, was er kosten kann.

ORANGEN

Silbrige Spritzer

Quecksilber in israelischen Orangen verunsicherte letzte Woche die Bundesbürger: gezielter Gift-Anschlag oder Psycho-Terror durch vorge-täuschte Gefahren?

Mit dem Brieföffner zerlegte Gerhard Gmelin, Architekt im württembergischen Herbrechtlingen, am Mittwoch letzter Woche seine Dessert-Orange. Er schnitt „fein säuberlich zwei Kappen“ und verzehrte die saftigen Stücke sodann „mit Appetit“. Als er zum Schluß „den Nabel aus der



Orangen-Prüfung in Hamburg
Spuren neben dem Nabel

einen Schale herausbeißen“ wollte, sah er „etwa zehn silbrige Spritzer“ — Quecksilber.

Aus „Scheißangst“, wie er sagt, alarmierte der Architekt telephonisch das bayrische Gesundheitsministerium und trat damit „eine Lawine los“: In den Fall schalteten sich, nacheinander, das Münchner Giftdezernat, das Stuttgarter Landeskriminalamt und die Staatsanwaltschaft im schwäbischen Ellwangen ein. Verdacht nach Paragraph 324 des Strafgesetzbuches: „Gemeingefährliche Vergiftung.“

Nach vergifteten Orangen ließen letzte Woche auch die Bonner Gesundheitsministerin Antje Huber und Innenminister Werner Maihofer ihre Beamten fahnden. In Bonn und Den Haag, Tel Aviv und Kairo wurden Apfelsinen zum Gegenstand diplomatischer Aktivitäten. Bundesdeutsche Fruchthandlende stoppten die Auslieferung mehrerer tausend Tonnen israelischer Jaffa-Orangen. Gesundheitsämter und Verbraucherzentralen rieten vom Verzehr ab.

Ein paar „Tagesschau“-Sequenzen lang schien es, als sei drei Monate nach Mogadischu die Zeit der Rache gekommen: Massenvergiftung als letzte Waffe von Terroristen? In den Niederlanden waren zuerst einige mit Quecksilber gespritzte Orangen aufgetaucht. Dann fanden sich auch in Darmstadt, Frankfurt und Kassel, angeblich auch in Lindau, Braunschweig, Bremen und Berlin vergiftete Früchte.

Die „Hamburger Morgenpost“ rief den Notstand aus: „Gift-Alarm“. Arabische Terroristen, so wußte das Hamburger Blatt schon vergangenen Donnerstag, haben das „Gift in die Früchte

gespritzt" — womöglich „150 Millionen Apfelsinen... bedrohen die Gesundheit von Millionen“. „Bild“ ahnte die ersten Opfer: „deutsche Kinder“.

In Israel prangerte die Abendzeitung „Jedioth Achronoth“ die „primitive chemische Kriegführung“ an. Und Israels Premierminister Menachem Begin verlich der Apfelsinen-Affäre sogar hochpolitisches Gewicht: Er werde niemals „der Errichtung eines Staates zustimmen, der von Orangen-Vergiftern geführt wird“.

Doch während verängstigte Bundesbürger Anfang letzter Woche auf den Genuß von Apfelsinen verzichteten,

ken vergiftet“ hätten. Ansonsten aber tappten die Fahnder im dunkeln.

Unklar blieb bis Freitag letzter Woche, wer wo wann und wie Quecksilber in wie viele Orangen gedrückt hatte. „Unerklärlich“, so ein Fahnder, blieb den Behörden auch, wieso neben israelischen später auch spanische Früchte mit Quecksilberspuren aufgetaucht waren. Und verunsichert wurden Bürger, als Mediziner und Quacksalber vor Quecksilber-Schäden warnen. Empfohlene Therapie: rohe Eier in Milch.

Die Warnung, so scheint es, war überflüssig. In den Orangen fanden

Täter nicht nur ihr Ziel, „die israelische Wirtschaft zu schädigen“ (ARA). Der Terror durch Täuschung trug dem arabischen Kampf zudem kaum weniger Publizität ein als eine risikoreiche Flugzeugentführung.

Daß Früchte es in sich haben können, ist längst in der Kriegs- und Kriminalgeschichte verzeichnet. In den dreißiger Jahren spickten Bauern der norditalienischen Provinz Trentino aus Protest gegen die römische Regierung ihre Äpfel für den italienischen Markt mit Nadeln. Damals bissen die meisten Italiener nicht mehr in Äpfel, ohne sie zuvor aufgeschnitten zu haben.

Im Zweiten Weltkrieg benutzte die deutsche Abwehr: des Admirals Canaris Apfelsinen zu Terroranschlägen gegen die Alliierten: Auf britischen Schiffen, die spanische Orangen nach England importierten, versteckten Agenten Sprengsätze in Apfelsinenkisten. Die Kisten explodierten mal auf hoher See, mal erst im englischen Zielhafen, und bald weigerten sich die britischen Hafenarbeiter, die explosiven Frachter zu entladen.

Während der Militärdiktatur in Griechenland behauptete eine Widerstandsorganisation in Zuschriften an internationale Nachrichten-Agenturen, griechischen Pfirsichen und Aprikosen sei Gift beigegeben. Und vor drei Jahren versuchte eine palästinensische Organisation schon einmal — erfolglos —, israelische Zitrusfrüchte zu diskreditieren. Auf Plakaten und mit Graffiti wurde behauptet, sie seien vergiftet.

Diesmal freilich war der Schaden für Israel meßbar: Obwohl deutsche wie niederländische Gesundheitsministerien sich letzte Woche beeilten, beruhigende Kommuniqués über den geringen Umfang der ungefährlichen Quecksilber-Anschläge herauszugeben, blieben bis zum Freitag von rund 40 Millionen Jaffa-Orangen, dem Kontingent der Woche, 20 Millionen unverkauft.



Importierte Jaffa-Orangen: Gegen Quecksilber Empfehlungen von Quacksalbern

forderte Bonns oberste Gesundheitshüterin Huber am Ende der Woche schon wieder zum vorsichtigen Weiteressen auf: Nur in einem Dutzend Apfelsinen israelischer wie anderer Herkunft fand sich Quecksilber: echte Krankheitsfälle traten nicht auf.

Der Jaffa-Schock offenbart die Anfälligkeit einer durch ein nahezu allgegenwärtiges Kommunikationssystem hochsensibilisierten Gesellschaft. Schon eine mit geringer krimineller Energie angesetzte Tat, allein die vage Vermutung eines Anschlags genügt im Zweifelsfall, eine ganze Branche zu irritieren und Massen zu verängstigen.

Vermutung aber war vergangene Woche fast alles. Zwar lag der mit Stuttgarter Poststempel vom 17. Januar aufgegebene Brief einer „Arab Revolutionary Army“ (ARA) vor, der die Gesundheitsminister von 18 Staaten in Europa und Nahost warnte, daß palästinensische Arbeiter in den von Israel besetzten Gebieten „Tausende israelischer Export-Orangen vor dem Pflük-

sich nicht die gefährlichen Quecksilberdämpfe oder organischen Quecksilberverbindungen, die in der Tat Zahnfleischentzündungen und Haarausfall, Schwindelgefühle und Nierenschäden, aber auch schwere Schädigungen des Zentralnervensystems und sogar den Tod auslösen können, sondern nur das ungefährliche reine Metall.

Daß das silbrige Element auch in Verbindung mit Fruchtsäuren partout nicht zu Gift geraten will, wies letzten Freitag der Hamburger Quecksilber-Fachmann Professor Erich Schneider experimentell nach: Selbst nach achtstündigem Verrühren bildeten sich pro Liter Orangensaft nur 0,5 Milligramm löslicher Quecksilberverbindungen — die Hälfte dessen, was der Gesetzgeber etwa bei Speisefischen toleriert.

Und durchaus möglich erscheint nun, daß das zwar unblutige, aber verblüffend wirksame Kampfmittel Methode wird: Mit minimalem Einsatz — womöglich nur ein Lagerarbeiter mit einer Quecksilberspritze — erreichten die

TERRORISTEN

Schlamperte Brüder

Gegendarstellung: In der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ vom 5. Dezember 1977, Nr. 50/77, werde ich auf der Seite 131 in dem Artikel „Schlamperte Brüder“ als „RAF-Sendbote“ bezeichnet.

Diese Bezeichnung ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß ich zu keinem Zeitpunkt „Sendbote“ der RAF war, niemals von der RAF Aufträge als Sendbote oder Aufträge anderer Art erhalten und diese daher auch nie angenommen habe und niemals Sendungen für die RAF befördert habe. Bei meinem Besuch in Wien habe ich in meiner beruflichen Eigenschaft als Rechtsanwalt dem „Neuen Forum“ die Haftbedingungen der Gefangenen Waltraud Boock mitgeteilt. *Armin Newerla*